



06. Juni 2021

«Nein» zum Angriff auf die Unschuldsvermutung!

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) lehnt das Ani-Terror-Gesetz, das am 13. Juni zur Abstimmung kommt, ab. Dieses Gesetz ist ein Angriff auf die Unschuldsvermutung und fördert polizeiliche Willkür.

Das Anti-Terror-Gesetz soll mit neuen Massnahmen vorbeugend eingreifen können, um terroristische Aktivitäten zu verhindern. Gemäss diesem Polizeimassnahmengesetz (PMT) müsste man neu weder einen Terrorakt vorbereiten, noch ausführen. Allein die Vermutung, in Zukunft gefährlich werden zu können, reicht aus, um gegen diese Person einschneidende Massnahmen zu ergreifen. Was damit gemeint wird, bleibt im Gesetzestext undefiniert. Der polizeilichen Willkür stehen Tür und Tor offen.

Allein auf Grund dieser vagen Vermutungen und Hypothesen könnten einschneidende Massnahmen wie Hausarrest, Verbote für Kontakte oder Auslandsreisen und Freiheitsentzug verfügt werden. Besonders stossend ist, dass solche Massnahmen bereits gegen Kinder ab 12 Jahren angeordnet werden können, was gegen die UNO-Kinderrechtskonvention verstösst.

Die SP AI sagt «Nein» zu diesem übertriebenen Gesetz. Die Unschuldsvermutung und unsere Grundrechte dürfen nicht für eine angebliche Terrorbekämpfung geopfert werden.

SP AI

Kontakt:

Martin Pfister, Parteipräsident
Erich Kiener; Co-Parteisekretär

079 713 74 84 (ruft zurück)
info@sp-ai.ch